

Prof. Dr.-Ing. Dieter Buchberger  
Unterer Prielweg 4  
87700 Memmingen

Tel. 08331/962070  
Fax. 08331/962069  
du.buchberger@t-online.de

Prof. Dr.-Ing. Dieter Buchberger, Unterer Prielweg 4, 87700 Memmingen

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Ivo Holzinger  
Rathausplatz 1

87700 Memmingen

Memmingen, 17.02.2010

## Antrag zum Haushalt der Stadt im Jahr 2010

Sehr geehrter Herr Dr. Holzinger,

anbei übersende ich Ihnen einen Antrag der ödp zu den laufenden Haushaltsberatungen. Dieser beinhaltet eine ganze Reihe von Maßnahmen zu Punkten im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt.

Wir bitten um Behandlung unseres Antrags in der nächsten Sitzung des Stadtrats.

## Maßnahmenplan „Zukunft, Umwelt und Bildung und Soziales für Memmingen“

Eine Krise ist häufig auch eine Chance. So sieht die Fraktion der ödp auch die derzeit laufende Aufstellung des Etats. Wer seine Chancen aber nutzen will, muss sich fokussieren und nicht ein bisschen von allem machen. Daher plädieren wir dafür, weder pauschale Ausgabenkürzungen noch pauschale Gebührenerhöhungen durchzuführen. Vielmehr sollten diese jeweils auf ihre Wirkung für eine nachhaltige Stadt mit Zukunft geprüft werden. Bei pauschalen Ausgabenkürzungen mit immer gleichem Prozentsatz kommt hinzu, dass bisher sparsame Ämter bestraft und weniger sparsame Ämter von ihren reichlich vorhandenen Reserven zehren können. Mittelfristig führt eine Pauschalkürzung zur Demotivation der Leistungsträger. Pauschale Kürzungen wirken wie die Zuteilung von Lebensmittelmarken nach Körpergewicht. Sehr Dicke bleiben weiterhin gut im Futter und Schlanke verhungern.

Die ödp schlägt daher folgende Maßnahmen vor:

### 1. Verwaltungshaushalt

#### Gewerbesteuer

Erhöhung der Gewerbesteuer von 330% auf 340%. Daraus resultiert eine **Einnahmenerhöhung von 360.000 Euro** (Schätzung Kämmerei).

Begründung:

Dies kommt einer Erhöhung um 3% bezogen auf den Ist-Zustand gleich. Kempten (387%) und Neu-Ulm (350%) haben auch nach der vorgeschlagenen Erhöhung jeweils höhere Gewerbesteuersätze als Memmingen. Memmingen bietet seinen Gewerbebetrieben eine exzellente verkehrliche Anbindung und niedrigere Grundsteuersätze als viele Nachbarstädte und dazu auch den Verzicht auf Straßenreinigungsgebühren. Die Memminger

Altstadt und ihre Händler erfuhren mit dem Umbau von Weinmarkt, Maximilianstraße und Kalchstraße, sowie der bevorstehenden Sanierung des Schrankenplatzes eine Aufwertung ihrer Geschäftslagen. Auch die Versorgung mit Parkplätzen ist im Quervergleich als überdurchschnittlich zu bezeichnen.

## Parkgebühren

Reduzierung der Parkgebühren ab 19.00 Uhr um 20 ct auf 40 ct bis zur Schließung der Parkhäuser. Ab der Öffnung bis 19.00 Uhr Erhöhung um 20 auf 80 ct. Die kostenfreie erste Stunde soll komplett entfallen.

Die daraus resultierende **Einnahmenerhöhung beträgt ca. 250.000 Euro.**

Begründung:

Die Memminger Parkhäuser werden jährlich mit rund 650 T€ bezuschusst. Dies ist fast doppelt so viel wie Memmingen für seine beiden Gymnasien (Vöhl 110 T€, Strigel 278 T€) zusammen ausgibt.

Im Vergleich mit seinen Nachbarstädten Kempten und Neu-Ulm sind die Parkgebühren weiterhin etwa nur halb so hoch, abends sogar um vieles günstiger. Mit den günstigen Abendtarifen sollen die Autos möglichst von den Straßen in die Parkhäuser gelockt werden, so dass die Aufenthaltsqualität am Abend in der Stadt steigt und mehr Menschen die Memminger Gastronomie nutzen.

## Busverkehr

Um den Verkehr in der Stadt zu reduzieren und gerade den Samstag zum Einkaufs-Erlebnistag zu machen, soll der Stadtverkehr am Samstag durch Bezuschussung seitens der Stadt kostenfrei angeboten werden. Zu Kosten von etwa 50.000 Euro kann ein Bus jede Stunde jeden Stadtteil an die Innenstadt anbinden. Gerade sozial schwächere Bevölkerungsschichten, ältere Menschen ohne Auto, Kinder und umweltbewusste Menschen werden davon profitieren. Für Behinderte soll im Gegenzug hierzu die Anzahl der Parkplätze erhöht werden. Durch eine organisatorische und steuerliche Umorganisation des Busverkehrs in das Aufgabenfeld der Stadtwerke kann ein steuerlicher Querverbund geschaffen werden. Dadurch kann obige Summe nahezu wieder eingespart werden und bleibt somit außer Ansatz.

## Stellenbesetzungen

Freiwerdende Stellen innerhalb der Verwaltung sollen für 6 Monate gesperrt werden. Ausnahmen hiervon sollen durch den Personalsenat bewilligt werden. Im Rahmen jeder Neubesetzung soll im entsprechenden Amt mittels einer externen Analyse der Ablauforganisation innerhalb der halbjährigen Stellensperre die Notwendigkeit der Weiterbesetzung ermittelt werden.

Daraus resultieren Einsparungen von maximal 435 T€ pro Jahr. Für den Haushalt **werden nur 250 T€ angesetzt.**

Begründung:

Bei einer angenommenen Verweildauer von 40 Jahren (Einstellung durchschnittlich mit 24 Jahren, altersbedingtes Ausscheiden mit durchschnittlich 64 Jahren) ergibt sich eine Fluktuation von 2,5% p.a. Diese liegt durch Umstellungen auf Teilzeit und Elternurlaube (Wert ist uns derzeit nicht bekannt) höher. Aus dieser Fluktuation errechnen sich bei 35 Mio € Personalkosten die o.a. 435 T€

Stellen im erzieherischen und schulischen Bereich sollen von dieser Maßnahme ausgenommen werden. Die Stellen im Klinikum sind in o.a. Summe von vorneherein nicht enthalten.

Für die externen Ablaufanalysen sind 2 Mitarbeiter der Stadt weiterzubilden und sollen dann unter Anleitung eines externen Beraters die Ablaufanalysen durchführen. Die Sachkosten des externen Beraters werden auf 50 T€ geschätzt und sind bei den obigen Einsparungen berücksichtigt. Das Ergebnis der Ablaufanalysen ist zusammen mit einer Besetzungsempfehlung dem Personalsenat vorzulegen. Dieser trifft die Besetzungsentscheidung.

## Werbung

Die Kosten für Werbung und Verbandsbeiträge sollen um 45 % reduziert werden.

Die daraus resultierenden **Einsparungen belaufen sich auf 40 T€**

Begründung:

Die Kosten für Werbung haben sich von 2007 bis 2009 von 43 T€ auf 87 T€ erhöht. Derzeit liegen keine besonderen Ereignisse (Wallenstein, etc.) an, so dass eine kurzfristige Senkung der Werbeaufwendungen sicherlich keine nachteiligen Folgen für den Tourismus haben sollte. Von 2001 bis 2009 haben sich die Kosten für Werbung mehr als verdreifacht. Die Zahl der Übernachtungen stieg von 84.118 in 2000 (Wallenstein, Gartenschau) auf 95.178 in 2008 (Wallenstein), also bei weitem nicht um den Faktor 3, so dass eine prinzipielle Überarbeitung des Werbekonzepts auch für die Zukunft angezeigt ist.

## Ehrenamt/Stadtrat

Die Kosten für diese Position sollen für dieses Jahr um 20% gekürzt werden, was **Einsparungen von 65 T€ entspricht**.

Begründung:

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen gelegentlich Opfer erbracht werden. Stadträte, Fraktionen, 2. und 3. Bürgermeister sollten hiervon nicht ausgenommen werden. Die Reduzierung der Vergütungen für das Ehrenamt soll zunächst nur für ein Jahr gelten. Innerhalb dieses Jahres sollen die in ihrer Struktur seit sehr langer Zeit unveränderten Bestandteile überprüft und ggf. auch an sich verändernde Realitäten angepasst werden. So sind z.B. insbesondere die Gehälter von 2. und 3. Bürgermeister in Anlehnung an andere Städte zu prüfen, ebenso wie z.B. teilweise noch ausbezahlte Telefonpauschalen im Zeitalter der Flat-Rate-Telefonie.

## Kultur

Reduzierung der Öffnungszeiten, der Sonderausstellungen und der Veranstaltungen in der MEWO-Kunsthalle.

**Einsparungen dadurch 100 T€**

Begründung:

Einsparungen im kulturellen Bereich können in Notzeiten zwar sehr einfach durchgeführt werden, sollten aber dennoch nur sehr dosiert angesetzt werden. Maßgabe unserer Bemühungen war, dort einzusparen, wo mit besonders wenig Betroffenen maximale Einsparungen erzielt werden können. Die MEWO-Kunsthalle verursacht jährliche Ausgaben von knapp 300 T€ Die Besucherzahlen sind aber weitaus niedriger als ursprünglich angenommen. Trotz großen Werbeaufwands und einer Vielzahl von durchaus beachtenswerten Sonderausstellungen und Veranstaltungen konnte sie im Jahr 2008 (letzter vorliegender Jahresbericht) nur 2.652 Erwachsene und weitere 2.589 Ermäßigte, Kinder/Jugendliche, Schüler, Gruppen und Veranstaltungsbesucher zählen. Dies entspricht einem Zuschussbedarf von etwa 50 Euro/Besucher, oder etwa 100 Euro pro voll zahlendem Besucher. Dem gegenüber ist z.B. das Landestheater Schwaben zu sehen, das in Memmingen 2008 25.703 Besucher zählte und einen Zuschussbedarf von etwa 300.000 Euro hat.

Im Kulturbereich erscheint daher eine Kürzung nach der Methode Rasenmäher (z.B. überall 10%) nicht angemessen. Auch weitere Positionen wie z.B. MM Meile sollen keine Kürzungen erfahren.

## Fernmeldegebühren

Die Fernmeldegebühren von 50.000 Euro p.a. sollten kritisch geprüft werden. Sie erscheinen im Vergleich mit anderen Organisationen als relativ hoch, gerade weil – im Vergleich zu einem internationalen Unternehmen – relativ wenige teure Auslandsgespräche anfallen. Ein konkreter Ansatz von Einsparungen kann hier nicht genannt werden, die Chancen für eine Einsparung werden allerdings als hoch betrachtet.

## Gebühren

Gebühren sollten nach Möglichkeit kostendeckend sein. Ist dies nicht gegeben, sollte vor einer Erhöhung der Gebühren eine Ablaufanalyse der Prozesse im Umfeld der jeweiligen Gebührenerhebung stattfinden. Vor einer Gebührenerhöhung sollte immer zunächst eine Ablaufanalyse mit Ablaufoptimierungen stehen.

Pauschale Gebührenerhöhungen lehnen wir ab. Wir sollten unsere Bürger nicht dort zur Kasse bitten, wo sie keine Alternative haben (z.B. Ausstellung eines neuen Reisepass, Gewerbeanmeldung, ...). Eine Erhöhung der Parkgebühren kann – von Ausnahmen abgesehen – durch Wahl des Verkehrsmittels (Auto, Fahrrad, Bus, zu Fuß), durch Häufigkeit der Inanspruchnahme und durch Parkverhalten (mitten in Stadt gegen Entgelt, am Altstadtrand häufig kostenfrei) beeinflusst werden. Außerdem sind die Parkgebühren bei weitem nicht kostendeckend.

### Spezialfall Volkshochschule

In Einzelfällen, wie z.B. bei der Volkshochschule kann dies sogar zu Mehrkosten führen.

Da unsere Fraktion das Referat Volkshochschule innehat, haben wir gerade hier alle möglichen Optionen sehr genau geprüft. Ein Verzicht auf Vorträge würde z.B. die Mieneinnahmen der Stadthalle schmälern. Eine Gebührenerhöhung würde zu einem Teilnehmerschwund führen. Da aber jeder Teilnehmer zur Deckung der fixen Kosten beiträgt, würde man sich damit ggf. den Ast absägen, auf dem man sitzt.

## Bildung/Schulen

„Die Bildung ist der Rohstoff des 21ten Jahrhunderts.“ Diese oder ähnliche Aussagen sind tagtägliche, in einschlägigen Magazinen, in der Tageszeitung, oder auch – bevorzugt sonntags – in Politikerreden zu finden. Wir werden 365 Tage im Jahr an diesen Sachverhalt erinnern und daher vorschlagen, dass alle Einsparungen, die aus oben vorgeschlagenen Maßnahmen über eine Million Euro hinausgehen direkt für die Bildung verwendet und den Schulen als zusätzliches Budget zur Verfügung gestellt werden.

Nach dem derzeitigen Stand unserer Vorschläge wären dies **65 T€ Mehrbudget** für die Schulen.

## **2. Vermögenshaushalt**

### **Brunnen am Weinmarkt**

Für die Hälfte der 250 T€ gibt es bereits eine Spendenzusage. Der Bau des Brunnens kann ggf. in den nächsten Haushalt verschoben werden.

Die daraus resultierende Einsparung beträgt 125 T€ im Minimum bzw. zusätzliche 125 T€ im nächsten Haushalt.

### **Neue Städtische Realschule**

#### **Hausmeisterwohnung**

Hier wurden ohne Grundstückskosten rund 400 T€ für eine Wohnfläche von 109 qm angesetzt. Die ist mehr als doppelt so viel, wie für ein normales Haus. **Einsparungspotential hier 200 T€**

#### **Photovoltaik-Anlage**

Geplante Baukosten von 4.000 € pro installiertes Kilowatt. Die marktüblichen Kosten liegen aber derzeit bei rund 3.000 Euro. Somit ist eine 25%ige Einsparung möglich, bzw. die Kosten sind um 33% zu hoch angesetzt. Bei angenommenen 30 kW entspricht dies einer **Einsparung von 30 T€**

### **Baumaßnahmen generell**

Da sich aus den oben angeführten Beispielen der Städtischen Realschule sehr deutlich zeigt, dass teilweise mit überhöhten Kosten geplant wird, sind Maßnahmen zu ergreifen, um dies für die Zukunft weitestgehend einzudämmen, bzw. zu eliminieren.

Hierzu ist eine Expertenkommission innerhalb der Stadtverwaltung ins Leben zu rufen und ggf. mit externem (öffentlichen) Sachverstand zu verstärken. Innerhalb der o.a. Kommission sind Maßnahmen auszuarbeiten wie innerhalb des öffentlichen Ausschreibungs- und Preisrechts kostendämpfende Maßnahmen ergriffen werden können.

Wir hoffen, dass wir mit unseren Vorschlägen dazu beitragen können dem Ziel eines gesetzeskonformen Haushalts auch ohne pauschale Kürzungen und Einnahmenerhöhungen zu erreichen. Im Focus sämtlicher Maßnahmen stehen dabei Bildung, Umwelt und Soziales für eine gute Zukunft für Memmingen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



(für die Fraktion der ödp)

#### **Kopie:**

Memminger Zeitung, Kurier, Radio Prima 1; Fraktions- und Gruppensprecher